

Samstag-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Samstag-Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Preis beträgt 1.60 Reichsmark, durch Ausgabestellen eine 1.40 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 40 Pfennige Zustellgebühr. ©. 1925
Der Inhaber: Hermann
Die Anzeigen werden nach Reimeil-Zellen berechnet; die Zelle 0.25 Reichsmark.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.
Am Sonnabend haben die Fraktionen ihre Beratungen über das Zollkompromiß fortgesetzt. Neue Gesichtspunkte haben auch die Sonnabendbesprechungen gebracht. Wichtig das Zentrum stellte eine größere Einmütigkeit für die Vorschläge des Kanzlers fest. Doch waren im Zentrum bis Sonnabend die Arbeitervertreter unter Siegerwalbs Führung und der Wirtschaftler unter Siegerwalbs Führung und des Wirtschaftler unter Siegerwalbs Führung und des Wirtschaftler unter Siegerwalbs Führung.

Die holländischen Arbeiter in Berlin haben die Stilllegung der Gas- und Wasserwerke beschlossen, falls ihre Forderungen nach Erhöhung der Stundenlöhne um 20 Pf. nicht entzogen wird. Die holländischen Arbeiter in Charlottenburg erzwingen. Die Holzarbeiter fordern 30 Prozent, die Metallarbeiter 25 Prozent Lohnerhöhung. Am Großhandel ist ein Teil der gewerkschaftlichen Arbeiter in den Streik getreten.

Im Bogenhard-Prozess wurde vom Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik das Urteil gefällt: Bogenhard 3 Jahre 6 Monate Zuchthaus und 350 M. Geldstrafe, Lang 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus und 200 M. Geldstrafe, Gardner 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus und 150 M. Geldstrafe. Die übrigen Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen.

In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende, Senatspräsident Niebuhr, aus, Bogenhard und Lang seien von der Zentrale der SPD, als Parteiführer in Pommern eingesetzt und besteuert worden. Jorissen, Boyatz und Harder seien Kaponierler gewesen, die weiblichen Angeklagten seien von allem unterrichtet gewesen.

Sonntag wurde im Plenarsitzungslokal des Preussischen Landtages durch den Führer der Deutschen Kommunistischen Partei, Reichstagsabgeordneter Thälmann, der 10. Kommunistische Parteitag eröffnet. Zu Vorliegenden des Parteitages wurden die Abgeordneten Gelschberger, Piez-Berlin und Wirthhoff-Hamburg ernannt.

Im Ankerinnenprozeß beantragte Montanigaglia den Staatsanwalt gegen den Ankläger wegen Mordes in acht Fällen achmal die Todesstrafe und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte.

Die polnische Handelsdelegation ist wieder in Berlin eingetroffen.

Vom 1. bis 6. September tagt der 24. Weltfriedenskongreß in Paris. Ueber die organisierten Gruppen der Friedensbewegung hinaus, beteiligen sich in Frankreich große politische Organisationen, wie die Liga für Menschenrechte, zahlreiche religiösen und freireligiösen Gruppen, wirtschaftliche Verbände und Gewerkschaften.

„Contrast“ meldet aus London, daß Unruhen in Irland große Besorgnis bei der Regierung hervorzurufen. Die irische Generalmeile habe versagt, die englisch-irischen Rumbegungen in Dublin und anderen Städten sollten nach Befriedigung der irischen Unabhängigkeitspartei nur das Signal sein zur völligen Vortrennung Irlands von England.

In einer Rede in Sunderland sagte der Sekretär der englischen Bergarbeiterdelegation: Ich warne die Arbeitgeber und die Regierung, es zu einem Konflikt kommen zu lassen, denn dieser würde von einem Ausmaße sein, wie ihn England noch nicht erlebt hat.

In Bukarest wird bestätigt, daß noch im Laufe des Monats Juli eine wichtige militärische Konferenz der Staaten der kleinen Entente stattfinden wird. Es handelt sich in erster Linie um Besprechungen zur Bildung eines gemeinsamen Generalabkommens im Kriegsfalle und um gewisse Maßnahmen angeht der militärischen Vorbereitungen Ungarns, an deren Täglichkeit man festhält.

In Saloniki (Griechenland) ist eine Meuterei der Flotte, die kommunistischen Aufregung hatte, abgeworfen worden. Drei Meutere sind erschossen. Die Lage in Athen ist unklar, da das neue Kabinett sämtliche Beamte, die an der Organisation des früheren Königshauses mitgewirkt haben, entlassen hat.

Das Spanisch-französische Abkommen.

Paris, 13. Juli. Nach einer Havas-Meldung aus Madrid ist eine amtliche Note, die die Unterzeichnung des französisch-spanischen Abkommens anfänglich, der Presse bekanntgegeben worden.

Nach einer weiteren Pariser Meldung wird das erste Ergebnis des französisch-spanischen Abkommens die Befestigung der Friedensbedingungen an Abd el Krim sein. Sie sollen als gemeinsame Vorschläge Spaniens und Frankreichs überreicht werden, klar zum Ausdruck bringen, daß die Aktionen der beiden Länder eng miteinander verbunden sind. Das Abkommen von Madrid sieht ferner vor, daß für den Fall der Ablehnung der Friedensbedingungen beide Länder kraftvoll den Krieg weiterführen würden. Mit dem wichtigsten Punkte, den Modalitäten einer militärischen Zusammenarbeit, befaßt sich das Abkommen (beziehungsmäßig) nicht.

England hält sich zurück.

London, 13. Juli. Neuer erzählt, daß die britische Antwort auf das spanische Ersuchen um Intervention in Marokko klarmacht, daß die britische Regierung keine Aktion zu unter-

nehmen möchte, die als Verletzung der Neutralität der Tangersonge ausgelegt werden könnte. Die Regierung ist nicht der Ansicht, daß die Tangersonge sich in irgendwelcher unmittelbaren Gefahr befindet.

Die Lage in Marokko.

London, 13. Juli. „Daily Mail“ meldet: In Algerien haben sich neun Zehntel der Stämme für Abd el Krim erklärt. Die „Times“ meldet: Auf dem westmarokkanischen Kriegsschauplatz haben die Rifkabylen die Wabi Werga überschritten. Wezjan wird seit Tagen geräumt. In Tanger herrscht unter den Europäern eine verzweifelte Stimmung.

Paris, 13. Juli. Nach einem in Fez ausgegebenen amtlichen französischen Bericht weist die Lage der französisch-spanischen Front am Ende des Sonnabends eine beträchtliche Besserung auf. Bei Bab Taza sei ein einseitiger Vorstoß verübt und mit schweren Verlusten der Gegner abgewiesen worden. Die Rifkabylen hätten den Wohnort des Reichsbesitzer angegriffen. Generische Gegenangriffe der franzosen treuen Eingeborenen hätten den Feind schließlich unter schweren Verlusten nach Nordosten zurückgeworfen.

Der Rückzug von der Ruhr.

Die „Agence Belge“ meldet: Die zurzeit im Ruhrgebiet befindlichen Truppen werden zwischen dem 15. und 25. Juli in ihre eigenen belgischen Garnisonen zurückkehren. In Brüssel erklärte man ferner, daß Düsseldorf vor Ende Juli geräumt werden würde. Dagegen soll wegen der Räumung von Duisburg und Ruhrort eine Beratung mit der englischen Regierung stattfinden, wobei entschieden werden soll, ob die Räumung dieser beiden Städte nicht gleichzeitig mit der Räumung der Kölner Zone erfolgen solle.

London, 13. Juli. Der Reuter-Korrespondent in Köln hört von maßgebender Seite, daß die Räumung des Ruhrgebietes mehrere Wochen vor dem angekündigten Termin beendet sein wird. Die Behörden in Hattingen, Mitten, Bochum, Gelsenkirchen und Kettlinghausen sind verständigt worden, daß alle requirierten Gebäude Ende dieser Woche freigegeben würden.

Das Schicksal der Sanktionsstädte.

Berlin, 12. Juli. Der englische Botschafter war gestern im Auswärtigen Amt. In Paris und London ist eine neue Demarche Deutschlands erfolgt, die die Räumung der drei Rheinstädte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort zum Ziele hat. Die Londoner „Times“ meldete Sonnabend früh, daß England die Berechtigung, auch die Räumung der drei Sanktionsstädte zu verlangen, Deutschland nicht bestreiten

Die Marokkaner nach Nordafrika.

Paris, 12. Juli. Die marokkanische Division, die bisher im Ruhrgebiet stand, ist nach Marokko beordert worden. Es ist die erste vollständige Division, die von Frankreich aus nach dem afrikanischen Kriegsschauplatz abgehen wird. Die Abreise soll bereits in den nächsten Tagen erfolgen.

Befreiung der Ruhr, Belastung der Pfalz.

An Kammerskatschern sind die Stadtbehörden angefordert worden, hundert Quartiere für französische Offiziere aus dem Ruhrgebiet zur Verfügung zu stellen.

Ende des französischen Linksblocks.

Paris, 13. Juli. Nachdem Kammer und Senat im ganzen sechsmal die einzelnen strittigen Fragen des Budgets für 1925 erörtert hatten, ist heute früh um 6 Uhr die letzte noch zur Erörterung stehende Frage durch einen Vergleich geregelt worden. Um 6 Uhr 15 Min. haben Kammer und Senat das Budget angenommen. Darauf wurde das Parlament geschlossen. Die Sozialisten haben gegen das Budget gestimmt.

Die innerpolitische Krise in Frankreich erfuhr am Sonntag eine Verklärung durch den Beschluß der Sozialisten, gegen das Budget zu stimmen und damit als Regierungspartei auszuscheiden. Sie ist aber behoben worden, als an Stelle der Mehrheit des Linksblocks bei der Abstimmung eine Konzentrationsmehrheit trat, die aus einem Teil der Radikal-Sozialisten und den Rechtsparteien besteht. Außerordentlich ist die Krise bereits dadurch getennigt, daß der Präsident der Finanzkommission der Kammer, der Sozialist Vincent Auriol, seine Demission gab, weil zwischen ihm und dem Finanzminister Caillaux unüberwindliche Meinungsverschiedenheiten bestanden. Die Regierung hat, obwohl die Sozialisten gegen das Budget stimmten, dieses bewilligt erhalten.

Ost oder West?

Probleme der deutschen Außenpolitik.

Von Axel Schmidt.

Trotz Garantiepaß und Entwaffnungsnotwendigkeit die deutsche Öffentlichkeit augenblicklich vom politischen Fragen befreit: dem polnisch-deutschen Zollkrieg, der kürzlich, dem Moskauer Justizmord, den sibirischen Wirren u. a. m. Ueber allem steht das große Problem: östliche oder westliche Orientierung Deutschlands.
Was die polnisch-deutsche Handelsbeziehungen betrifft, so ist zwar von Seiten der beiden Außenminister Stresemann und Graf Szegonyi immer wieder betont worden, daß es sich um rein wirtschaftliche Dinge handle. Die östliche Orientierung, die dem Ausfluß des Vertrages im Wege stehen. Man wird aber der Sachlage keinen Zwang antun, wenn man daran erinnert, daß die leidenschaftliche antideutsche Haltung der polnischen Öffentlichkeit die ruhige Behandlung wirtschaftlicher Dinge aus höchst erschwerender. Schon die Bemerkung Deutschlands, daß es die östlichen Grenzen nicht für unänderlich ansehen könnte, rief einen Sturm der Entrüstung in Polen hervor, der noch durch die Haltung Englands geschürt wurde. Die Haltung der englischen Regierung, daß sie für keine Garantie der polnischen Grenzen zu haben sei, gab Del in polnische Feuer. Die deutsch-polnische Atmosphäre wird durch die in Polen wieder ausgebrochene Agitation zur Verschärfung des polnischen Korridors nicht fähig, die nationaldemokratische „Gaz. Warsz.“

„Die Deutschen haben die Dreifigkeit, Tag für Tag nach der Haltung des Korridors zu beurteilen. Die einzige Antwort auf dieses Gebrüll ist die entschiedene Forderung nach Vereinerung des Korridors, und zwar nach Belgien und Litauen und am Endland. Wenn wir mit dieser Idee nicht gleich hervortreten und logisch mit dem Boykott auf die Karte zeigen, so wird das Gebrüll der deutschen Presse nach Millionen der Korridors nicht still werden.“

Solche Dreifigkeit können wir nicht, daß auf polnischer Seite nicht die richtige Gemütsmitteilung für nähere Wirtschaftsbeziehungen vorrückt. Deutschland kann aber einem Zollkrieg ruhig entgegengehen, weil selbst polnische Wälder für den Zollkrieg treiben werden. Die demokratische Sobor „Roz.“ stellt fest, daß bei einer Unterbindung der Ausfuhr der landwirtschaftlichen Produkte nach Deutschland ein Sturz des Jozts unvermeidlich ist, was verhängnisvoll wirtschaftliche Konsequenzen hervorruft. Die polnische Zollkrieg treiben werden. Solche Katastrophe, dabei lägen die deutschen Forderungen nach Personalrechte für die deutsche Bürger in Polen im Elementarinteresse Polens.

„Gedacht nicht nur polnische Sorgen hat die deutsche Regierung sondern auch russische. Die Beurteilung der beiden deutschen Staaten und dem Tode hat wieder bewiesen, daß zwischen Bolschewismus und Europa keine Brücke besteht. Rotes Terror und Klassenjustiz haben sich wieder als Grundpfeiler des Sowjetstaates erweisen. Jetzt stehen gerade die russischen Arbeiter vor dem neuen Aufbruch der Beziehungen und sind empört über die Infamie, die bis vor kurzem für den Ausbau der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen auf Grund des Kapolloniertrages schwebend war. Die russischen Arbeiter wollen nichts zu tun hat, darüber ist kein Wort zu verlieren. Warum hat man diese beiden politischen Kinder mit Empfehlungen von Gelehrten, Anwälten und Publizisten nach Ausland reißt lassen, statt ihnen Klipp und Klar zu sagen, daß Sowjetland ein viel zu heißes Feuer ist, um Leute von solcher Rarität und Ahnungslosigkeit? Das dieser Justizmord mit allen Mitteln verhindert werden muß, ist eine Selbstverständlichkeit. Dieselben Klätter, die jetzt von der Notwendigkeit des Abrückens der polnischen Beziehungen sprechen und mit Feuer und Schwert des Geistes gegen die Infamie wirken, haben vor wenigen Monaten ihren Korrespondenten in Tokio zur Unterzeichnung des georgianischen Handelsvertrages, und der hat sich damit begnügt die Meinung der bösen Infamie über die Gemeingefährlichkeit der Georgier einzuholen und den deutschen Lesern aufzuspielen.“

Hoffentlich wird der Justizmord in Moskau die Veranlassung bieten, die Atin- und Paktinseite der deutsch-russischen Beziehungen vor den deutschen Lesern zu erklären. Am Grund genommen hätte das schon beim Fall Bogenhard oder beim Justizmord in Leipzig geschehen sollen. Nicht mit Unrecht kritisiert der „Vorwärts“ Deutschlands Außenpolitik mit den Worten:

„Deutschland hat kein Bündnis mit Rußland, aber die offizielle deutsche Außenpolitik befreit sich mitunter einer Liebesknecht gegenüber Rußland, die gewiß keine Verleumdung des Bolschewismus entsprungen, sondern lediglich einen falschen machtpolitischen Eindruck.“

Diese Sätze fassen schon mitten in das Zentralproblem der deutschen Außenpolitik hinein: die Orientierung Deutschlands nach Osten oder Westen. Diese Frage ist dringend geworden, weil die englische Regierung augenblicklich vor einer Neuorientierung ihrer Außenpolitik steht. Sie

lett dabei alle Befehle in Bewegung, nicht nur um Frankreich, sondern auch Deutschland ihrer antizipativen Front entgegen.

Wenn wir jetzt England zu erkennen geben, daß wir nicht absichtlich wären, für angemessene Bedingungen in die europäische Front einzuschreiten, so könnte England zu unserem Vorgespräch in weltlichen Dingen werden.

Der Steueraussschuß schloß die Debatte am Finanzauslaßes bei dem April Hauszinssteuer fort. Während ein Antrag der Regierungspartei vorlag, daß am 1. April 1923 wenigstens die Friedensmieten erhöht werden sollten, beantragte die Sozialdemokratie, daß von diesem Termin ab die geleisteten Mieten nicht die Friedensmieten übersteigen dürfen.

Bei den Vorarbeiten über den Gegenwertungsansatz bei bebauten Grundstücken kam der Aussch. u. a. zu folgenden Beschlüssen: Die Häuser und die Gemeinden erhalten nun den bebauten Grundbesitz eine Steuer. Die Häuser treffen Bestimmungen da über, ob und inwiefern landwirtschaftliche Gebäude von der Besteuerung ausgenommen sind.

Abstimmungsfeier in Ostpreußen.

Die 5. Wiederkehr des Abstimmungsgebentages in Ostpreußen wurde in Allenstein am 11. und 12. Juni unter allgemeiner Teilnahme der Bevölkerung in Geist und Sang und namentlich auch der heimatreuen Ost- und Westpreußen aus dem Reiches festlich begangen.

Tagung der deutschen Zeitungsverleger.

In Königsberg tagt seit Sonnabend der Verein Deutscher Zeitungsverleger in Gegenwart zahlreicher Vertreter von Reichs- und Landesbehörden und der Provinz Ostpreußen. Den Festlichkeiten am Sonnabend, zu denen die Stadt Königsberg und die Königsberger Zeitungsverleger eingeladen hatten, folgte am Sonntag die Hauptversammlung.

Harrys Erbschaft.

Harrys Erzählung von Karl Wittlinger. 1. Fortsetzung. Nachdruck verboten. Harry lächelte. Er hatte die Nacht hindurch ohne Erwachen und traumlos geschlafen und lächelte sich seit dem Tode seines Onkels zum ersten Male wieder frisch und heiter.

James Walter das Schlüsselwort hinterlassen haben. Und da es nicht bei seinem Notarz ist, so kann es nur hier im Schloß sein. Er redet ganz vernünftig, sollte Bobby recht behalten. „Heil, er ist der ähnhelichsten Ähnlichkeit wiedergeben.“

Für die von dem allgemeinen Finanzbedarf beanspruchten werden. Zur Förderung der Bauaktivität müssen wir nicht in den nächsten Jahren mit 1. April 1923 bis zum 31. März 1923 jährlich mindstens 15 bis 20 Prozent der Friedensmiete zur Verfügung gehalten werden.

Was von kleinen Wohnungen für die minderbemittelte Bevölkerung und fernerhin die Familien für die Erhaltung der Arbeiterfamilien zu orientieren. Von der Besteuerung sind ausschließlich Neubau oder Um- und Einbauten, neugeschaffene Gebäude, wenn der Bau erst nach dem 1. Juli 1918 abgeschlossen ist, und in welcher Weise und in welchem Umfang bisabdarfliche Verträge, die während oder vorübergehend eine Mieterhöhung nicht tragen können und eine entsprechende Minderungsmaßnahme nicht in der Lage sind, zu berücksichtigen.

Deutschland, Deutschland über Alles, und im England uns erst recht!

Dann überbrachten die Vertreter der preussischen und Reichsregierung ihre Wünsche.

Abschluß des Saarabkommens.

Nach langen, außerordentlich mühevollen Verhandlungen der letzten Tage und Nächte gelang es Sonnabend in Paris, das Saarabkommen zustande zu bringen. Es wurde vom Reichsminister Friedberg und dem französischen Staatssekretär Terris unterzeichnet und dann vom Reichsminister Friedberg und dem französischen Außenminister Briand zur Unterzeichnung vorgelegt.

Der wesentliche Inhalt des Abkommens

Die Schlichterseite des Abkommens lagen nach einer Unterbrechung mit Herrn v. Friedberg darin, daß die Hauptverhandlungen über den Handelsvertrag unterbrochen werden mußten und daß damit auch das schwerindustrielle Abkommen, das am 16. Juni in Luxemburg zustande gekommen war, nicht in Kraft treten konnte.

In seiner Sonnabendigen Sitzung trat der Reichstag in die Einzelberatung des Gesetzesentwurfes über die Aufwertung von Hypotheken und sonstigen Ansprüchen in anderer Fassung ein und konnte nach dem 8. Paragraphen dieses Gesetzes mit 158 Stimmen für und 107 Stimmen gegen den 8. der dem Aufwertungsgesetz für Hypotheken grundsätzlich auf 25 Prozent festsetzt. Sozialdemokraten und der Abg. Dr. West hatten beantragt, den Satz auf 40 Prozent zu erhöhen, mußten aber in namentlicher Abstimmung eine Ablehnung ihrer Wünsche erfahren. Es blieb also bei 25 Prozent.

Wie der Goldwert errechnet wird. Die Aufwertungsfrage, die bekanntlich das Produkt eines Kompromisses der hinter die Regierung stehenden Parteien darstellt, will den Goldwert der aufwertenden Hypotheken aus einem Mittelwert errechnen, der sich aus dem Stande des Dollars und dem Großhandelsindex des Tages des Erwerbes des Anspruchs zusammensetzt. Auch hier hatte die Opposition andere Wünsche. Sozialdemokraten und Dr. West beantragten, den Goldwert aus der inneren Kaufkraft der Mark am Tage der Entschaffung des Anspruchs zu ermitteln. Obwohl sie hierzu die Unterstützung der Kommunisten und eines Teiles der Demokraten hatten, wurden auch diese Anträge von der Mehrheit abgelehnt.

Die „Härtefaktoren“. § 8 der Vorlage enthält die sog. Härtefaktoren. Es wird dort bestimmt, daß der Schuldner, wenn er sich in besonders schwierigen Wirtschaftsverhältnissen befindet, eine Herabsetzung des Aufwertungsmaßes um 10 auf 15 Prozent beantragen kann. Auch hier hatte die Opposition schwere Einwendungen vorzubringen. Von sozialdemokratischer Seite wurde es scharf abgelehnt, die Härtefaktoren nur zu Gunsten des Schuldners wirksam werden zu lassen.

Widerrückungsbestimmungen. Die Kompromißvorlage sieht vor, daß eine Aufwertung auch dann stattfindet, wenn der Gläubiger sich seine Rechte nicht vorbehalten hat, bei Annahme einer Leistung in der Zeit vom 15. Juni 1922 bis 14. Februar 1924. Sozialdemokraten, Demokraten und Wälfische sind mit diesem Rücktrittsbestimmungen nicht zufrieden, sondern wollen durch ihre Anträge erreichen, daß der 1. Juli 1921 dafür eingeleitet werde. Die Entschaffung über diese Anträge ist am Sonnabend noch nicht gefallen, sondern auf Montag nachmittags vertagt worden.

Färbe ohne Kochen. Waschkleider, Blusen, Strümpfe usw. aus Seide, Wolle, Halbside, Baumwolle, Leinen nur mit dem echten Heitmann's Kaltfarben. Erhältlich in Drogerien und Apotheken. Vortrag mit praktischen Vorführungen über Chem. Reaktionen. Abends, Sonntag, den 14. Juli, nachm. 4 Uhr im großen Saale des Evangel. Vereinshauses in Halle, Mittelstraße 14. 15. Stoffe mitbringen. Eintritt frei. Auch für Nichtmitglieder. Hallischer Hausfrauendienst (e. V.)

„Wenn Du bis dahin nicht im Trennhaus bist“, sagte Bobby nachdrucksvoll. „Du kennst Harry nun mindestens zehn Jahre, aber in solchem Zustande habe ich ihn noch nicht gesehen. Er ist wie ausgemerzt.“

„Wenn Du bis dahin nicht im Trennhaus bist“, sagte Bobby nachdrucksvoll. „Du kennst Harry nun mindestens zehn Jahre, aber in solchem Zustande habe ich ihn noch nicht gesehen. Er ist wie ausgemerzt.“